**Beschluss-
Sammlung
der
Verkehrsministerkonferenz
am 14./15. April 2016
in Heringsdorf**

Briefpostanschrift:
c/o Bundesrat
11055 Berlin

Hausanschrift:
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Telefon: 030 -189100 -200, -206, -203
oder -0
Telefax: 030 - 1891 00-218
Internet: www.verkehrsministerkonferenz.de

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 14./15. April 2016
in Heringsdorf

Punkt 4.1 der Tagesordnung:

Verbesserung des Miteinanders von Mensch und Verkehr

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt die Berichte der Ad-hoc-Arbeitsgruppe "Verbesserung des Miteinanders von Mensch und Verkehr" und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt im Grundsatz den vom Bund vorgelegten Verordnungsentwurf zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) zur erleichterten Anordnung von Tempo 30 mit dem Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere im Streckenbereich vor Schulen, Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheimen und Krankenhäusern und fordert den Bund auf, entsprechend Ziffer 2 Satz 3 des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 8./9. Oktober 2015 gleichzeitig auch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur StVO entsprechend zu ändern. In jedem Fall muss durch die Rechtsänderungen sichergestellt werden, dass vor den genannten Einrichtungen eine Anordnung von Tempo 30 die Regel ist. Weiterer Ermessenspielraum der Straßenverkehrsbehörden u. a. zur Anordnung von Tempo 30 kann nach Ansicht der Verkehrsministerkonferenz auch durch eine Streichung des § 45 Absatz 9 Satz 2 StVO (genereller Wegfall des Erfordernisses einer "qualifizierten besonderen Gefahrenlage") erreicht werden. Sie bittet den Bund, auch diese Ergänzung eingehend in Betracht zu ziehen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die in dem Bericht des Bundes zu TOP 4.1 dargestellte Zusage, entsprechend Ziffer 3 des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 8./9. Oktober 2015 eine Klarstellung in den Verwaltungsvorschriften zur StVO vorzunehmen, dass die Verkehrsbehörden auch auf einem kurzen

Streckenabschnitt zwischen zwei bereits beschränkten Abschnitten eine angemessene Geschwindigkeitsbeschränkung zur Verstetigung des Verkehrsflusses anordnen können.

4. Der Bund wird aufgefordert, die Überarbeitung der RLS-90 unverzüglich abzuschließen, um dann zeitnah mit der unter Ziffer 4 des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 8./9. Oktober 2015 beschlossenen Überarbeitung der Lärmschutz-RL-StV zu beginnen.
5. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die nach dem vorgelegten Entwurf der StVO-Änderung vorgesehene Klarstellung, dass die hohen Anforderungen an die Gefahrenlage i. S. v. § 45 Absatz 9 StVO nicht für die Kennzeichnung der in einem Luftreinhalteplan oder einem Plan für kurzfristig zu ergreifende Maßnahmen nach § 47 Absatz 1 oder 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes festgesetzten Umweltzonen gelten.